

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Rieser Tageblatt  
Herrnstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1580.  
Verleger:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 301.

Freitag, 28. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrenns von Produktionsverrichtungen, Erzeugnissen der Böden und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachveränderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 10 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Demjenigen, der die Druckerei, den Verlag oder sonstiger in irgendwelcher Verbindung des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin steht, ist das Verbot der Verbreitung von Nachrichten über die Angelegenheiten der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin vorbehalten. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger in irgendwelcher Verbindung des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin steht, ist das Verbot der Verbreitung von Nachrichten über die Angelegenheiten der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin vorbehalten. — Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die deutsch-polnischen Schwierigkeiten.

an. In Lugano hat bekanntlich der polnische Außenminister Jaleski damit gedroht, Polen werde sich zu anderen Maßnahmen gegen die Deutschen in Polen gezwungen, wenn die Rinderpestfrage nicht im polnischen Sinne geregelt werde. Polen hat nach dem Versailler Vertrag die Berechtigung, die deutschen Liegenschaften in Neupolen zu liquidieren. Es hat in der letzten Zeit, nachdem es viele deutsche Besitzungen enteignet hatte, weniger Gebrauch davon gemacht. Nunmehr kommt aus Polen die freilich noch nicht bestätigte Nachricht, daß die polnische Liquidationskommission den Auftrag erhalten habe, mit dem 1. Januar ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. In Berlin bringt man diese Meldung mit der Drohung Jaleskis in Zusammenhang und sieht, wenn sich diese aus demokratischen Kreisen stammende Meldung bestätigt, neue Erschwerungen in den noch immer schwebenden deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Diese Verhandlungen haben aber an sich bereits neue Schwierigkeiten aufkommen lassen. Denn, wie wir oben, liegt inzwischen die polnische Antwort auf das letzte deutsche weitgehende Angebot vor. Sie läßt erkennen, daß man in Polen das deutsche Entgegenkommen immer noch nicht als hinreichend genug ansieht, sondern neue und soweit gehende Forderungen stellt, die diese niemals von Deutschland erfüllt werden können. Um der somit aufgetretenen Differenz zunächst die Spitze abzurufen, hat sich der deutsche Unterhändler Dr. Hermes sofort an den polnischen Beauftragten v. Kwardowski gewandt mit der Anfrage, ob die wieder auf den 9. Januar angelegten Verhandlungen nicht schon früher aufgenommen werden könnten. Dr. Hermes will versuchen, ehe sich die Gegensätze zu stark herausbilden, noch einen letzten Weg zur Verständigung zu finden. Selbstverständlich kann zugegeben werden, daß Deutschland ein großes Interesse an dem Zustandekommen des Handelsvertrages mit Polen besitzt. Das polnische Interesse ist jedoch nicht geringer, und somit müßte man annehmen, daß sich, trotz aller Schwierigkeiten, doch noch ein Weg zur Verständigung finden lassen wird. Die Reichsregierung hat indessen nicht nur ihre Haltung gegenüber Polen zu rechtfertigen, sondern steht sich auch Forderungen des preussischen Landwirtschaftsministers und des Reichsernährungsministers gegenüber, die mit den Konzeptionen, die bereits an Polen gemacht wurden, durchaus nicht einverstanden sind, angeblich, weil sie der deutschen Landwirtschaft namentlich im Osten zu schweren Schäden auswirken könnten. Die Reichsregierung steht wohl ein, daß die stärkere Schweinefleisch- und Vögelzucht aus Polen die Preise der deutschen Landwirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehen könnten. Sie ist jedoch der Überzeugung, daß es Möglichkeiten geben wird, die deutsche Landwirtschaft in anderer Weise schadlos zu halten. In der Hauptsache geht es jetzt, die Verständigung mit Polen und den letzten Handelsvertrag unter Dach und Fach zu bringen, der mit einem Grenzlande noch nicht geschlossen ist. Uebrigens ist es erklärlich, wenn man so großen Wert auf diesen Handelsvertrag legt, denn jeder Handelsvertrag ist gleichzeitig Mittel für die polnischen Fragen überhaupt. Man hofft deshalb, daß, sobald mit Polen ein Handelsvertrag besteht, sich auch andere schwierigere Probleme leichter lösen lassen werden. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß dann auch die Rinderpestfrage schneller und für alle Teile zufriedenstellend gelöst werden kann. Es ist begreiflich, daß Polen immer neue Forderungen stellt, denn es versucht eben in den Handelsvertragsverhandlungen so viel wie möglich herauszuholen, und die gegenwärtigen Ansichten in Deutschland fördern nur die übermäßigen Forderungen, die aus Polen kommen. Wenn man hofft hat, die Dinge noch vor kurzem sehr optimistisch beurteilen zu können, so ist man heute nicht mehr der Überzeugung, daß ein Vertragsabschluss schon in der nächsten Zeit möglich sein wird.

## Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung.

Berlin. In Nr. 44 des Reichsgesetzblattes ist das dritte Gesetz und Änderungen in der Unfallversicherung veröffentlicht. Unfallversicherung genießt jetzt auch der Dienst bei der Feuerwehr, den Rettungsabteilungen und den sogenannten Dach- und Schiefererarbeiten, in der Krankenfürsorge und Wohlfahrtsvereine, in Laboratorien und Röntgenbetrieben, auf den Bühnen im weitesten Sinne und beim Lichtspiel, ferner die Bedienung der Wägen in schon verkehrten Oast- und Schanzenbetrieben, der landwirtschaftlichen und verwaltenden Teil eines Unternehmens, soweit er als Zubehör eines verkehrten technischen Betriebes gilt. Versicherungspflicht tritt dort ein, wo ohnehin schon lebenslängliche Versorgung oder gleichwertige Unfallfürsorge gewährleistet ist.

Für die Feuerwehr und den Rettungsdienst wird die Versicherung von den Ländern, Gemeinden oder öffentlichen Feuerversicherungsanstalten durchgeführt. Der Gesundheitsdienst und die Wohlfahrtsvereine erhalten eine besondere Versicherungspflicht; jedoch können größere Gemeinden oder Gemeindeverbände die Betriebe, die auf ihre Rechnung gehen, in Eigenversicherung nehmen. Für die Entschädigung wird es so angesetzt, als ob das Gesetz schon am 1. Juli 1928 in Kraft getreten wäre.

## Der Reichsbahn-Prozess geht weiter.

Wie die Volkske Zeitung aus Dresden meldet, wird Sachsen gemeinsam mit den sächsischen Staaten in den nächsten Tagen beim Staatsgerichtshof die schärfste Einsetzung des Verhandlungsstermins in dem Prozeß um die Verwaltungsstreitigkeiten der Reichsbahn beantragen.

## Rückschau auf die Politik des Jahres.

Das Jahr 1928 geht zu Ende. Es fordert deshalb eine Rückschau, verlangt, daß man noch einmal die politischen Geschehnisse in den 365 Tagen, die hinter uns liegen, überblickt und wichtiges festhält, da es einmal doch der Geschichte einverleibt werden muß. Wenn die Zeiten auch verändert sind, Geschehnisse sind immer noch geschrieben, viele Hände sind eifrig am Werke, getreulich zu verzeichnen, was einmal spätere Geschlechter wissen müssen, was für die Entwicklung des Reiches von Bedeutung war.

In den letzten zehn Jahren freilich haben wir immer die gleiche Sorge gehabt: Wie liquidieren wir den Krieg, wie kommen wir aus den Schwierigkeiten, die Folge des Krieges geworden sind? Wie ist es möglich, die drakonischen Bestimmungen des sogenannten Friedensvertrages zu mildern? Eigentlich gingen alle Verhandlungen, wie sie auch eingeleitet waren, wie sie auch hießen und um welche Dinge sie sich auch drehten, um diese Fragen und Forderungen. Dieses Ringen Deutschlands um einen gerechten Frieden, gegen die Vorfälle und Unwürden des Friedensvertrages, waren ihre Schatten nicht nur auf unsere Außenpolitik, sondern machten sich geltend in der inneren Entwicklung und Gestaltung des Reiches und der Politik des Reiches. Schwierigkeiten, wie sie um uns erbaute sind, müssen nothgedrungen zu inneren Reibungen führen. Deshalb ist der innere Parteizwist nur erklärlich. Deshalb ist verständlich die extreme Zuspitzung nach links und rechts. Aus dieser Zuspitzung, diesen von links und rechts kommenden Forderungen aber kamen die Mißbilligungen, die uns auch im Innern nicht zur Ruhe kommen ließen.

Wir haben eine Reichstagswahl, wir haben die Landtagswahlen in vielen Ländern des Reiches ausstehen müssen. Die Reichstagswahl lehrte, daß überspannte Forderungen nicht Wille des ganzen Volkes sind und erkannt werden als Reime immer neuer Schwierigkeiten. So erlitten die Deutschnationalen eine Wahlniederlage, so kam eine starke Sozialdemokratie. Man hat diesen Wahlausgang ausgelegt als den Willen des Volkes zur Verödung, denn die Sozialdemokraten werden als die Partei angesehen, die den Krieg mit geordneten Mitteln beenden wollen, ohne nationale Belange zu opfern. Diese Anschauung ist nicht ganz zutreffend, denn auch andere Parteien wünschen die Fortsetzung der eingeleiteten Versöhnungspolitik. Eine alte Erscheinung lehrt freilich, daß man das Ziel immer bei der Fingerringpartei sucht. Das ist die Sozialdemokratie, die durch den Wahlausgang die Führung erlangt hat, es aber noch nicht fertig brachte, die notwendige große Koalition zu bilden. Mit Mühe gelang es, die Regierung zu schaffen, die, ein Provisorium, von dem Willen jeder Partei abhängig wurde, welche abgelehnt werden sollte durch die Regierung der großen Mehrheit. Man hoffte immer noch herum. Und diese Koalitionsverhandlungen sind fast zu einem politischen Scheitern geworden. Es genügt, wenn man sie erwägt, denn sie laufen ja noch immer. Sie sind also noch nicht geschichtsmotivisch.

Die Frage ist viel wichtiger: Was ist nun in der inneren Politik in der letzten Jahresperiode erreicht worden? Erreicht wurde viel, besonders eine Konsolidierung der Verhältnisse im Innern, eine Befestigung der Republik, eine Befestigung auf vielen Gebieten. Also auffällige Befestigung der Republik und Institutionen. Die Gesetze sind groß an Zahl, die verabschiedet worden konnten und deren Wirkung sich Geltung verschaffte. Freilich kennzeichnet sich besonders eine hervorragende Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiet. Es ist hier vielleicht schon zu viel getan, denn die sozialen Lasten sind langsam so gestiegen, daß sich jetzt bereits eine erklärliche Aufsehnung gegen die weitere Verbesserung der sozialen Lage namentlich der arbeitenden Schichten bemerkbar macht.

Neben den — wie man sagt — sozialen Errungenschaften spielt wohl die fortschreitende Verbesserung des Strafrechts

Rechts und der Rechtspflege überhaupt eine große Rolle. Wenn hier auch alles erst im Werden ist, so haben sich die Bemühungen einer modernen Rechtspflege doch bereits sichtbar gemacht. Die Grundlage jeder Reichsentwicklung sind drei Dinge: Hebung der Wirtschaft und damit der Staatseinkünfte, Verwirklichung der Rechtspflege und Verbesserung der sozialen Lage der dritten Masse. Alle drei Probleme standen, wie erwähnt, im Vordergrund und wurden nicht nur eifrig diskutiert, sondern auch nach Möglichkeit gefördert.

Dabei ergab sich leider, daß sehr wenig für die Hebung der inneren Wirtschaft getan wurde, die Lasten aber höher wurden. Daß man sich der Rechtspflege übermäßig annahm und, wie gesagt, die Sozialpolitik zu einem Stiefkinder machte. Folgerichtig wäre es gewesen, man hätte zunächst alles daran gesetzt, die Wirtschaft zu heben. Aus einer lebendigen Wirtschaft kommen dann gute Reben und Folgeerscheinungen allein. Gewiss muß zugegeben werden, daß es außerordentlich schwer ist, die Produktion zu steigern, wenn keine ausnahmsfähigen Konjunktur vorhanden sind. Damit, daß nun glücklich mit fast allen Staaten Handelsverträge abgeschlossen wurden, war die Anforderung der deutschen Produktion noch nicht gegeben. Der Kampf um das Absatzgebiet mit Unterfütterung des Reiches ist eine Forderung, die auch am Jahresende noch offen liegt. Und weil uns zu starke Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenübersteht, ist es erklärlich, daß wir wohl Kredit, also Geld, aus dem Ausland erhalten, nicht aber Bezahlung einer auf dem Weltmarkt abgesetzten Produktion, die imhande wäre, unsere Liefer noch immer passiver Handelsbilanz auszugleichen.

Das sind große Jäger aus den inneren Vorgängen. In Einzelheiten verlieren, tiefe ein dickleibiges Buch schreiben, das in der Hauptsache angefüllt wäre von trüben Ereignissen. Die immer noch Auswirkung einer überwundenen Zeit sind, gegen die man ankämpft, die aber immer noch in Erscheinung treten. Und so laug wir nicht den wirklichen Frieden haben, werden wir immer noch Grund finden, alles, was abseits der sicherlich sichtbaren Fortentwicklung liegt, als eine Beigabe der Zeit hinzunehmen. Um den Frieden, ja, da bemüht sich Deutschland mit Aufbietung seiner Kräfte. Im Völkerverbund hat Dr. Stresemann weiter Kräfte und Stimme erhalten. Er hat, so oft, in Unterhandlungen großen Stills den Versuch unternommen, die drei Dinge zur Reife zu bringen: Räumung des immer noch besetzten Gebietes, Endbeilegung der Reparationszahlungen, Revision der Dawespläne. Und leider hat er — nachdem sich in der Jahresmitte neue Hoffnungen ergaben — am Ende des Jahres die Enttäuschung erfahren, daß auch in diesen verschieben ausgelegt werden können. Wir sind am Ende dieses Jahres eigentlich nur um den Schritt weiter gekommen, daß nun endlich eine Sachverständigen-Kommission über die deutsche Leistungsmöglichkeit beraten soll. Und als wir hoffnungsvoll in das Jahr 1928 traten, las man so viele in- und ausländische Stimmen, die unverzüglich voraussetzten: In diesem Jahre werde der Welt der Frieden beschert, denn alle Kräfte arbeiteten ja darauf hin, die großen Differenzen zu beseitigen, die Meinungen auszugleichen. Es ist anders gekommen, und es wäre, nach unseren trüben Erfahrungen, schön, wollten wir wieder Propheeten werden und dem Jahre 1929 ein gutes Zeichen stellen. Nur langsam kann sich die Annäherung der Völker weiter entwickeln, nur langsam kann aus dieser Annäherung eine Revision des Friedens von Versailles kommen.

Was nicht es, aber diese Fragen hinaus noch deutsche Außenpolitik zu berühren. Wir sind desinteressiert am großen Weltgeschehen, in der großen Sorge um unsere Befreiung verstrickt und werden — wenn auch als Großmacht geltend — doch weiter sein das Land, dessen Interessen an den Grenzen liegen.

## Aus dem Landtag.

11. Dresden. Die Deutsche Volkspartei hat durch die Landtagsabgeordneten Dr. Blüher, Voigt, und Dr. Binger am 27. Dezember folgenden Antrag eingebracht: Die Erwerbslosigkeit unter den Angehörigen hat einen bedenklichen Umfang angenommen. In ausföhrlich vielen Fällen werden ältere Kräfte davon betroffen, denen Familienpflichten obliegen. Ihre Wiederbeschäftigung ist eine dringende Notwendigkeit.

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, 1. alsbald in Erwägungen darüber einzutreten, ob und in welchem Umfang solchen Wemerkenswerten Nachlässe gewährt werden können, die sich zur Beschäftigung einer gewissen Anzahl älterer Angehöriger verpflichten, 2. dem Landtag bis zum 15. Februar hierüber schriftlich zu berichten.

Weiter hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei am 27. 12. durch die Abgg. Dr. Blüher, Voigt und Dr. Binger folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Nach § 176 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen unterstehen die nichtbevollmächtigten Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes der residierten Städteordnung unterstellt waren, bis zum 31. März 1929 der Kreisbauhauptmannschaft, von da ab der Amtshauptmannschaft.

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, dem Landtag rechtzeitig eine Vorlage zu unter-

breiten, um die Bestimmungen der Gemeindeordnung dahin zu ändern, daß bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit durch die sächsische Verwaltungsreform 1. die vormals residierten Städte der Kreisbauhauptmannschaft unterstellt bleiben, 2. diejenigen Städte, die gemäß § 1 Abs. 3 der Gemeindeordnung zu Städten erhoben worden sind, den Kreisbauhauptmannschaften unterstellt werden.

## Neue Verschärfung in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay.

Washington. (Funkpruch.) Nachdem die Vermittlungsbemühungen zum Stillstand gekommen sind, da man erwartet, ob Bolivien und Paraguay den vor zwei Tagen hier ausgearbeiteten Protokollentwurf annehmen, berichtete die Gesandtschaft Paraguays gestern abend, die Bolivianer hätten das Fort Vanguardia in dem umstrittenen Gebiet wieder besetzt und ihre Truppen weiter in das Innere des Gebietes vorgeschoben und dadurch wieder eine „sehr ernste Lage“ geschaffen. Die Gesandtschaft bemerkt, dieser Schritt sei ohne Befehl vor sich gegangen. Die Bolivianer hätten Vorteil aus dem Befehl gezogen, den die Regierung von Paraguay an ihre Truppen ausgegeben hatte, auf Feindseligkeiten einzustellen.